

Auf den Spuren der DDR

Wie sich doch die Krippen-Betreuungssysteme von damals und heute gleichen – eine politisch unkorrekte Beobachtung

VON KARL-HEINZ VAN LIER

Wer es heute, 31 Jahre nach dem Fall der Mauer, wagt, das kollektive Krippen-Betreuungssystem der DDR nur ansatzweise infrage zu stellen, wird in den allermeisten Gesprächen mit ehemaligen DDR-Bürgern kaum einen sachlichen Dialog zustande bringen. Gleichwohl sollten die viel zu großen Gruppen von Kleinstkindern ab dem sechsten Monat, der häufige Wechsel der Erzieherinnen, eine tägliche Betreuungsdauer von bis zu zehn Stunden, verbunden mit einer äußerst hohen Stressbelastung für die Kinder, Anlässe genug sein, über dieses Betreuungssystem nachzudenken – ganz unabhängig von dem repressiv-autoritären Erziehungsstil und dem Erziehungsziel „sozialistische Persönlichkeit“.

Doch viele Ostdeutsche, die selbst als Kleinkind staatlich betreut wurden, vertei-

digen die damalige frühkindliche Fremdbetreuung als eine unbestreitbare Errungenschaft, die auch im gesamten Bundesgebiet mit derselben Bezeichnung ‚Krippe‘ eingeführt wurde. Und spätestens, wenn der westdeutsche Fragesteller von viel zu früher und zu langer kollektiver Zwangsbetreuung der Aller kleinsten spricht, wird er mit dem ultimativen Gegenargument konfrontiert: „Meinen Sie etwa, mir hätte diese Art von Betreuung geschadet?“ In der Regel ist dann jeder Frageimpuls erloschen.

Es kann Ihnen auch passieren, dass sich ein wortreicher Monolog zur Verteidigung des eigenen Lebensentwurfs über Sie ergießt, der das überwunden geglaubte Klischee des angegriffenen Ossi gegen Besserwisser-Wessi wieder aufleben lässt. In diesem Moment ist man gut beraten, sich einem Sprachverbot zu unterwerfen und aus der Verteidigungsrede zu lernen. Und siehe da, es werden von der Gegenseite Argumente ins Feld geführt, die der Wessi als seine eigenen Forderungen zu erkennen glaubt, nämlich, dass – wie in der DDR geschehen –, junge Ehepaare bei der Geburt eines Kindes in den Genuss einer spürbaren Förderung kommen sollten. Mit der Folge, dass die Geburtenrate – beflügelt durch die Vergabe von Krediten und Wohnungszuweisungen –, deutlich gestiegen sei.

Und der bundesdeutsche Familienvertreter erinnert sich in diesem Moment zustimmend an die Aussage des Bevölkerungsforschers Bujard, der unlängst ein Stück Gerechtigkeit anmahnte für Frauen, die Mutter werden, indem er sagte: „Die Gesellschaft kann dazu beitragen, dass die Muttern nicht auch noch bestraft werden.“ (WELT vom 21.10.2020). Fazit: Eins zu

Null für eine geburtenorientierte Familienpolitik à la DDR. Doch das war's dann weitgehend. Denn das Argument der Überforderung der Aller kleinsten in Kitas lässt sich wissenschaftlich mit Ergebnissen der letzten Jahrzehnte breit belegen. Dennoch nähern sich beide Systeme immer weiter an.

Die Politik scheint das wenig zu kümmern, aber im familienpolitischen Diskurs tauchen immer öfter Fragen und Feststellungen über „gravierende Qualitätsmängel“ bei den jetzt rund 840 000 Kita-Plätzen auf. Zwei Aussagen dazu: „In den Kitas droht Kollektivierung statt Individualisie-

rung“ (WELT vom 25.08.2020). Und in der FAZ vom 25.5.2020: „Der Aufbau von tragfähigen, verlässlichen, kontinuierlichen und vertrauensvollen Beziehungskonstellationen ist insbesondere bei einem multifaktoriellen Personalmangel gefährdet.“

Der geplante, hoch subventionierte weitere Ausbau von Kita-Plätzen auf 1,25 Millionen trotz wieder sinkender Geburtenzahlen wird mit dem alten, gleichlautenden Argument der „besseren Vereinbarkeit“ und der „Chancengleichheit“ begründet. Auch die Bürger der DDR wurden damals von Margot Honnecker vom alternativen gu-

ten Betreuungssystem überzeugt. Das 2019 mit 5,5 Mrd. Euro aufgelegte Betreuungsgesetz wird in diesem manipulativen Sinn auch das „Gute-Kita-Gesetz“ genannt. Die Angleichung der Betreuungs-Systeme zeigt sich auch darin, dass es in 14 von 16 Bundesländern keine echte Wahlfreiheit im Sinne einer äquivalenten Bezahlung für die Erziehungsleistung von Eltern gibt – wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem Betreuungsurteil 1998 noch verlangt hatte. Jede Maßnahme im Bereich der öffentlichen Betreuung, so die Karlsruher Richter damals, müsse von einer privaten äquivalent flankiert werden.

In diesem Sinn waren die vorgesehenen 150 Euro ziemlich kleinlich im Vergleich zu der Subvention eines Krippenplatzes, der im Schnitt etwa 1000 Euro pro Monat kostet. Und selbst dieses Betreuungsgeld wurde dank Olaf Scholz noch gekippt, beziehungsweise in die Kompetenz der Länder verschoben, wo es schließlich verschwand. Auch hier wieder der Hauch der DDR: Es gibt keine Wahlfreiheit, wenn beide Eltern aus wirtschaftlichen Gründen erwerbstätig sein müssen. Und der wirtschaftliche Druck auf Familien wächst.

Es bleibt eine Erkenntnis, die man auch im Gespräch mit ehemaligen „Krippenkindern“ durchaus mit wissenschaftlichem Fundus vorbringen kann: Der Staat als Betreuer kann keine Liebe geben und zwar gerade denjenigen nicht, die sie am nötigsten brauchen.

Der Autor war Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rheinland-Pfalz. Er ist Geschäftsführer der Stiftung für Familienwerte.



Viel zu große Gruppen, häufiger Wechsel der Erzieherinnen – in der DDR war diese Form der Kinderbetreuung ganz normal. Foto: imago images

Das Mittel gegen Weihnachtsstress

Die Tagespost richtet im hektischen Vorweihnachts-trubel noch mehr als sonst den Blick auf die Geburt Christi.

Wo die Welt sich immer schneller zu drehen scheint, liefert sie »Texte – die den Fallschirm öffnen« (Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz über Die Tagespost).

Gibt es ein passenderes Geschenk?

Ich verschenke Die Tagespost für

- 2 MONATE zum Adventspreis von nur 25 Euro (regulärer Preis: 32,50 Euro)
- 4 MONATE zum Adventspreis von nur 55 Euro (regulärer Preis: 65,00 Euro)
- 6 MONATE zum Adventspreis von nur 85 Euro (regulärer Preis: 97,50 Euro)

an

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort, Land

Die Lieferung soll am20 .. beginnen.

und übernehme die Kosten.

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort, Land

Datum, Unterschrift

Diesen Coupon einfach per
 Post J. W. Naumann Verlag, Berner Straße 2, 97084 Würzburg
 Fax +49 / 931 / 308 63-33 oder
 E-Mail inet@die-tagespost.de
 an Die Tagespost schicken.

